

12.21

**Bundesrat Ing. Eduard Köck** (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Gäste hier und vor den Fernsehgeräten! Lieber Peter Samt, da war aber jetzt auch mindestens so viel Kugel-Wahrsagerei dabei, wie du es selbst einem Kollegen in deinen Ausführungen vorgeworfen hast. Ich kann auch diese Logik der FPÖ nicht verstehen, immer wieder zu sagen, da vielleicht nicht alle mittun und nicht alle Bereiche in dieses Abkommen miteinbezogen sind, werde man nicht zustimmen. Das ist ungefähr so, als ob alle anderen Bundesländer außer Kärnten gesagt hätten: Da die Kärntner wahnsinnige Haftungen eingegangen sind, die zehnmal so hoch wie ihr Jahresbudget waren, machen wir das auch alle. Gott sei Dank gibt es verantwortungsvolle Politiker in diesem Land, und wir haben das nicht gemacht, deshalb sind wir nicht dort, wo Griechenland ist (*Bundesrat Jenewein: Das haben eh alle gemacht!*), und deswegen werden wir auch hier die Verantwortung tragen, die ganz, ganz wichtig ist. (*Beifall bei der ÖVP sowie des Bundesrates Schennach.*)

Ich möchte hier zunächst auf zwei Kritikpunkte Bezug nehmen. Das eine ist, dass die Wirtschaft möglicherweise jenen Ländern gegenüber Nachteile haben könnte, die nicht mittun. – Nun, wir haben in der EU zum Beispiel einen Emissionszertifikatehandel, der es ermöglicht, dass Länder oder Betriebe, die ihre Richtwerte nicht erfüllen können, sich von anderen Ländern oder Betrieben Zertifikate kaufen, um damit dann diese Richtwerte erfüllen zu können. Nun war Deutschland immer ein sehr großer Käufer von solchen Zertifikaten. Durch den Ausbau von Ökoenergie, vor allem von Ökostrom musste es aber nicht mehr so viel kaufen, und deshalb ist der Preis für diese Zertifikate sehr stark gefallen.

Jetzt konnte nachgewiesen werden, dass trotz dieses niedrigen Preises für diese Emissionszertifikate jene Firmen, die nicht vom Zertifikatszwang befreit waren, ihre Emissionen schneller senken als der Durchschnitt, ohne Arbeitsplätze und Exporte zu verlieren. Das ist also schon sehr bemerkenswert, glaube ich.

Der zweite Kritikpunkt ist immer wieder, dass es womöglich gar nicht genug Energie gibt, um die Energie, die wir jetzt schon brauchen, zu ersetzen. Auch da ist mir eine Studie in die Hände gefallen, die besagt, dass es reichen würde, wenn wir eine Fläche wie Frankreich mit Fotovoltaikanlagen ausstatten, um mit dem damit produzierten Strom das gesamte Erdöl ersetzen zu können, welches wir jetzt für die Mobilität brauchen.

Das heißt, wir brauchen hier keine Angstmacherei zu betreiben und Kritik zu üben, sondern wir sollten mit Mut an dieses Thema Klimawandel herangehen, denn wir werden neue Energiequellen erschließen, wir werden das mit neuen, komplexen technischen Methoden machen, es wird unsere Mobilität nachhaltig verändern und es wird große Chancen für unsere Wirtschaft geben. Wir haben schon in der Vergangenheit gesehen, dass gerade in diesem Bereich unsere Wirtschaft oft Weltmarktführer ist, und ich glaube, dass sie auch in Zukunft Chancen haben wird und dass sicherlich auch Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Es geht auch um Regionalentwicklung: Der Herr Minister hat es schon angesprochen, wie viel Geld da wegfließt. Alleine aus unserem kleinen Bezirk Waidhofen an der Thaya mit 30 000 Einwohnern schicken wir jedes Jahr 40 Millionen € nach Dubai, nach Russland, nach Libyen. Wenn wir es schaffen, dieses Abkommen tatsächlich umzusetzen, werden diese 40 Millionen € bei uns bleiben und sich bei uns in der Region vermehren.

Um das zu schaffen, dazu ist, glaube ich zumindest, die Bewusstseinsbildung das Wichtigste – Bewusstseinsbildung im privaten Bereich: Wie weit reist unser Essen? Wo ist unsere Kleidung her? Womit fahren wir? Bewusstseinsbildung im Arbeitsbereich: Dazu ist mir gerade heute ein sehr gutes Beispiel in die Hände gefallen, und zwar der Geschäftsbericht der Wirtschaftskammer Österreich. Sie macht seit fünf Jahren ein Projekt zum ökologischen Fußabdruck, indem sie intern jeden Arbeitsprozess nach dem ökologischen Fußabdruck bewertet. So konnte sie in den letzten fünf Jahren den CO<sub>2</sub>-Ausstoß innerhalb der WKO um 15 Prozent reduzieren. Ich denke, solche Projekte sind wichtig, da so jeder Mitarbeiter daran denken wird, was er mit seinem Handeln bewirkt.

Wir brauchen natürlich auch Bewusstseinsbildung in unseren Freizeitbereichen und bei den Behörden. Die Gemeinden sind sehr wichtig, wenn sie Projekte anreißen, wie das Bauen von Ökostromanlagen, wie das Fahren mit Elektromobilität und viele andere Bereiche, mit denen wir der Bevölkerung aufzeigen können, dass diese Technik tatsächlich möglich ist und dass wir damit auch unseren Lebensalltag bewältigen können.

Die Länder sind sehr wichtig, nämlich bei der Frage, wie sie ihre Förderungen gestalten werden – das haben wir heute schon gehört. Natürlich ist es auch beim Bund sehr, sehr wichtig, in welche Richtung er geht. Dazu möchte ich zwei kleine Kritikpunkte anbringen. Das eine ist, dass wir beim Bund nicht diese Bewusstseinsbildung betreiben wie in vielen anderen Bereichen: Es gibt fast in jeder

Gemeinde eine Elektrotankstelle, wir haben bei allen Landesregierungen Elektrotankstellen. Hier im Parlament haben wir leider keine. Kollege Pum und ich fahren mit einem Elektroauto. Wir haben schon bei der verstorbenen Nationalratspräsidentin Prammer angeregt, eine zu bauen; leider wurde das abgelehnt. Wir haben schon Kostenvoranschläge gebracht. Es wäre nicht so teuer, mit 5 000 € wären wir dabei, und ich meine, es würde den Staat Österreich nicht umbringen. Vielleicht kannst du *(in Richtung Bundesminister Ruppreecher)* uns dabei unterstützen, dass wir dieses Anliegen auch umsetzen können. *(Bundesrat **Pum**: Ich bin auch dabei!)*

Der zweite Kritikpunkt ist das Ökostromgesetz; Es hängt noch immer in der Schleife. Viele Ökostromerzeuger stehen eigentlich vor dem Konkurs, und ich bitte darum, da wirklich dahinter zu sein, dieses Konzept mit den Tarifen für ein paar Bereiche umzusetzen. Ich bitte auch die SPÖ und Minister Stöger, diese Betriebe nicht im Unklaren zu lassen; sie brauchen es, sonst können sie ihre Biomasseanlagen zusperren und gehen in Konkurs.

Vielleicht sollten wir auch auf eine andere Bezeichnung umstellen. Ich habe vorhin vom Emissionszertifikatehandel gesprochen, und auch Österreich hat schon Zertifikate um Hunderte Millionen Euro gekauft. Mit jedem produzierten Kilowatt Ökostrom reduzieren wir den Bedarf an Zukauf von Zertifikaten. Vielleicht sollten wir es auf Zuschlag zum Einspeisetarif umbenennen, da wir Emissionszertifikate verhindern.

Wir müssen der Verantwortung für einen lebenswerten Lebensraum für unsere Enkel gerecht werden, wir werden diesem Abkommen zustimmen und es damit auch ratifizieren. Unsere Fraktion wird das tun. Jene, die das nicht tun, müssen das mit ihren Enkeln ausmachen. Die FPÖ geht wieder einmal mit der Leichtigkeit des Brexit an dieses Thema, und wenn es ernst wird, dann war man nicht da, ist nicht mehr dabei oder will nichts davon wissen.

Dir, Herr Minister, muss ich ein Lob aussprechen: Du warst ein wichtiger Verhandler in Paris. Es ist nicht einfach, 178 Staaten auf eine Linie zu bringen. Manche sagen, den Klimawandel gibt es gar nicht, manche wollen nichts tun. Das ist schon ein sehr langwieriger Prozess; und wir Österreicher – und gerade du – sind da sicher immer wieder Vorreiter. Dafür spreche ich dir wirklich ein herzliches Dankeschön und ein großes Lob aus.

Das möchte ich dir jetzt auch noch in einer zweiten Sache aussprechen, die nichts mit dem Klimaabkommen zu tun hat, und zwar bei der Verwaltungsreform. Du bist der erste Minister, der angekündigt hat, sieben Bundesgesetze zu streichen, der viele

Bewilligungstatbestände entfallen lassen, zu bloßen Anzeigeverfahren umwandeln und sehr viel Reduktion bei der Unterlagenbeschaffung vornehmen wird.

Ich denke, du bist einer, der hier auch für alle anderen die Latte wieder ganz hoch legt, und ich hoffe, alle anderen werden da nachfolgen. – Danke. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

12.30

**Vizepräsident Mag. Ernst Gödl:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schennach. – Bitte, Herr Bundesrat. *(Bundesrat Mayer – in Richtung des zum Rednerpult eilenden Bundesrates Schennach –: So, jetzt spuck's heraus! – Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.)*